



Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Mittwoch, den 31. März 1886.

Nr. 152.

Abonnements-Einladung.

Unsere geehrten Leser, namentlich die auswärtigen, bitten wir, das Abonnement auf unsere Zeitung recht bald erneuern zu wollen, damit ihnen dieselbe ohne Unterbrechung zugeht und wir sogleich die Stärke der Auflage feststellen können. Die reichhaltige Fülle des Materials, welches wir aus den politischen Tagesereignissen, aus den gewöhnlich so interessanten Kammerberichten, aus den lokalen und provincialen Begebnissen darbieten, die Schnelligkeit unserer Nachrichten ist so bekannt, daß wir es uns versagen können, zur Empfehlung unserer Zeitung irgend etwas zuzufügen. Ebenso werden wir auch ferner für ein interessantes und spannendes Feuilleton Sorge tragen.

Der Preis der täglich zweimal erscheinenden **Stettiner Zeitung** beträgt außerhalb auf allen Postanstalten vierteljährlich nur **zwei Mark**, in **Stettin in der Expedition monatlich 50 Pfennige**, mit **Bringerlohn 70 Pfg.**
Die Redaktion.

Deutscher Reichstag.

77. Plenarsitzung vom 30. März.

Das Haus ist ziemlich gut besetzt, die Tribünen sind gefüllt.

Am Bundesrathstische: Staatssekretär im Reichsamt des Innern von Bötticher und preussischer Minister des Innern v. Puttkamer nebst Kommissarien, später preussischer Minister für Landwirtschaft Dr. Lucius.

Präsident v. Wedell-Piesdorf eröffnet die Sitzung um 12^{1/2} Uhr mit geschäftlichen Mittheilungen.

Tagesordnung:

Zweite Beratung der Vorlage betr. die Verlängerung des Sozialistengesetzes auf Grund des bezüglichen Kommissionsberichts.

Es liegt außer der Regierungsvorlage der Antrag der Kommission vor, sowohl die Vorlage als auch die Abänderungsanträge, welche zur zweiten Lesung wieder eingebracht worden, abzulehnen; diese Abänderungsanträge des Abg. Dr. Windthorst (Zentrum) bezwecken eine Umwidmung des Sozialistengesetzes auf dem Gebiete des Vereins, des Versammlungsrechtes, auf dem der Presse, sowie der Beschränkung des Belagerungszustandes auf Berlin, während ein Eventual-Antrag des Abg. Dr. Frhrn. v. Hertling (Zentr.) die Verlängerung des Gesetzes auf 2 Jahre bemessen will.

Nachdem Referent Abg. Frh'n (Zentr.) die bekannten Kommissionsverhandlungen nochmals kurz skizziert, und den Antrag auf Ablehnung der Vorlage, sowie die Anträge Windthorst befürwortet, spricht

Minister v. Puttkamer zunächst im Namen der verbündeten Regierungen sein Bedauern darüber aus, daß der Abg. Windthorst seine ausföhrlichen Abänderungsanträge von Neuem eingebracht habe; bei einem Gesetze von so bedeutender politischer Tragweite sei ein Vaktiren nicht möglich. Da gäbe es nur ein „Entweder — Oder!“ Das Gesetz, welchem durch die Windthorst'schen Anträge die Spitzen abgebrochen sein würden, könnte allerdings der Sozialdemokratie genehm sein, es würde indessen nicht genügen, die Erhaltung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit in ausreichender Weise zu garantiren. Die verbündeten Regierungen hätten in der That keinerlei Gelfiß, ihre diskretionären Gewalten ohne Noth zu vermehren, allein die Nation habe den Regierungen die Verantwortung für die Erhaltung der bürgerlichen Ordnung übertragen und die Volksvertretung habe die Pflicht, die Mittel hierzu zu gewähren. Es sei nun aber unmöglich, die Vorlage der verbündeten Regierungen eingehend zu würdigen, ohne einen Blick auf die jüngsten überaus traurigen Vorgänge in dem schwer gepröfteten westlichen Nachbarlande zu werfen. (Bewegung und Widerspruch links; Zustimmung rechts.)

Zweifellos seien die Ereignisse in Belgien nur möglich geworden, weil man dort nicht in der Lage gewesen, den Mißbrauch, der mit den freiheitlichen Einrichtungen, dem bestehenden Vereins- und Versammlungsrechte, der unbeschränkten Pressfreiheit getrieben worden, Einhalt zu thun. Der Minister weist des Weiteren auf die Thatsache hin, daß bei allen in Belgien verhafteten Anarchisten eine Broschüre gefunden worden, in welcher die Arbeiter systematisch zur Revolution aufgehetzt werden. Die Beschränkungen, welche das deutsche Sozialistengesetz mit sich bringe, könnten in der That doch gegen die rauchenden Trümmer in unserem Nachbarlande gar nicht in Betracht kommen. In Belgien, wo die katholische Kirche seit 50 Jahren ihre Thätigkeit ungehindert ausüben können, habe es sich gezeigt, daß man derartige Präventivmaßregeln, wie sie das Sozialistengesetz bezwecke, nicht entbehren könne. Der Minister erklärt schließlich, daß Se. Majestät der Kaiser ihn beauftragt habe, vor dem Hause zu erklären, daß dem Monarchen die Ablehnung der Vorlage den tiefsten Schmerz bereiten würde; der Reichstag möge daher die Regierungsvorlage einfach annehmen. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Windthorst (Zentr.) monirt die Hineinziehung der geheiligten Person des Kaisers in die Debatte und führt sodann aus, daß die von ihm eingebrachten Abänderungsanträge auf einem gemeinsamen Fraktionsbeschlusse beruhten. Ihn charakterisirt die Anträge als durchaus genügende Präventivmaßregeln, um schließlich die Debatte wieder in das kulturkämpferische Fahrwasser hinüber zu spielen und das Regiment in Belgien als ein liberales, freimaurerisches zu kennzeichnen. In Belgien sei lediglich die Anarchie an der Arbeit und solche Vorgänge würde das Sozialistengesetz auch nicht zu hindern vermögen. (Beifall im Centrum.)

Minister v. Puttkamer bezeichnet die Anträge des Vorredners als nicht ausreichend und betont sodann im Gegensatz zu dem Vorredner, daß gerade die Reichsregierung an der Spitze der sozialreformatorischen Bewegung marschiere. An der Hand einer früheren Rede des Abg. Bebel (Sozialdem.), in welcher dieser die Kommune verherrlichte und den Fürstenmord gut hieß, fordere der Minister von den Sozialdemokraten, daß sie bezüglich ihrer Stellung zum Anarchismus offen Farbe bekennen sollten und kennzeichnen sodann das Treiben der sozialistischen Agitatoren, welche sich von dem Fleiße des Arbeiters mästeten.

Abg. v. Hellendorff-Bedra (deutschkons.) bezeichnet zunächst Angesichts der kulturkämpferischen Auslassungen des Abg. Windthorst in dem gegenwärtigen Stadium des Friedenswerkes die Friedensliebe des Zentrumsführers als eine höchst fragwürdige. Redner weist sodann auf die anarchisirenden Unruhen in Belgien hin und erklärt, daß die Anträge des Abg. Windthorst völlig ungenügend seien, um derartige gefährliche Bestrebungen hintanzuhalten. Wenn man sich selber mit die Gesellschaftsordnungen bedrohenden Tendenzen außerhalb des gemeinen Rechtes stelle, so habe man kein Anrecht auf Behandlung im Rahmen des gemeinen Rechtes. Wenn die Gesellschaft, die Religion, die Monarchie in Frage gestellt werde, so könnten nur energische Präventivmaßregeln von Nutzen sein und wenn hier auch einmal ein Mißgriff mit unterlaufe, so könne das doch Angesichts der immensen Gefahren, welche ohne das Gesetz zu gewärtigen wären, gar nicht in Betracht kommen; alle Arbeiter aber, die sich von der Sozialdemokratie fern hielten, würden schließlich durch das Gesetz nicht getroffen. Der Abg. Bierck (Sozialdem.) habe kürzlich geäußert, seine Partei treibe wissenschaftliche Weltordnung; es sei aber doch verwunderlich, daß man sich mit solchen nationalökonomischen Doktrinen an die ungeschulten Massen des Volkes wende. Die Partei schüre mit ihrer Lehre lediglich den Klassenhaß; das sei es, was sie brauche. Redner apostrophirt sodann die deutschfreisinnige Partei, erklärt, daß dieselbe in der Agitation mit den Sozialdemokraten doch nicht konkurriren könne und bekämpft das Streben nach Ausbreitung der parlamentarischen Gewalt. Er schließt, nachdem er für die fünfjährige Verlängerung des Gesetzes plädiert, mit der Erklärung, die Liberalen stimmten ohne Zweifel nur gegen das Gesetz,

weil sie überzeugt seien, daß sich ohnedies eine Majorität für dasselbe finden werde. (Lebhafte Zustimmung rechts.)

Abg. Cegielski (Pole) spricht sich unter Betonung seines polnischen Standpunktes gegen die Vorlage aus.

Abg. Bebel: Als ich neulich hier einen Vortrag über Wirtschaftskrisen hielt und dabei erwähnte, daß jetzt die Frauen gezwungen wären, in die Fabrik zu gehen, und die Männer die Wirtschaft besorgen müßten, wurde die Versammlung auf Grund des Sozialistengesetzes aufgelöst. (Hört, hört! links.) Auf die Beschwerde des Vorsitzenden hat der Polizeipräsident erklärt, mein Vortrag — der doch ganz theoretisch gehalten war — sei in seiner ganzen Haltung gemeingefährlich gewesen. Solche Auflösungen sind in Berlin lange nicht vorgekommen, es ist eben Alles dem subjektiven Belieben des Polizeibeamten überlassen. Denken Sie sich aber doch die Erbitterung, die diese Auflösung am 19. März bei den vielen Tausenden, die zugegen waren, hervorgerufen mußte — in dieser Hinsicht kann ich mit dem Resultat der Versammlung ganz zufrieden sein. Herr v. Puttkamer wirft uns vor, daß wir uns aus den Agitationsklassen mästeten. Was würde er sagen, wenn ich ihm und seinen Freunden vorwerfe, sich aus den Staatskassen zu mästen? Mag er seine Behauptung doch erst einmal beweisen! Herr v. Puttkamer hat auf Belgien hingewiesen und für den Bourgeois mag dieser Hinweis ja auch sehr wirksam sein. Einen Zusammenhang zwischen uns und den belgischen Aufständischen hat auch der Minister nicht konstruiren können. Man darf nicht vergessen, daß in Belgien der Arbeiter von den öffentlichen Geschäften ganz ausgeschlossen ist, daß nirgends so wie in Belgien das Bourgeoisium herrscht, ob liberal oder clerikal, ist für die Arbeiter ganz gleichgültig. In keinem Lande wird die Sonntags-, die Frauen- und Kinderarbeit so ausgenutzt, wie in Belgien. Auf diesen Verhältnissen beruht jene Revolte, denn es ist keine Revolution, sondern eine gewöhnliche Revolte (Heiterkeit), zum Theil hervorgerufen durch die Unbildung der Bevölkerung, an der das katholische Regiment schuld ist. (Beifall links.) Ich habe sogar die belgische Bourgeoisie stark im Verdacht, daß sie selbst von Zeit zu Zeit derartige Revolten anregt (Widerspruch), daß der Staat dasselbe thut und die Revolten ausnützt. (Zwischenrufe rechts. Vizepräsident Frhr. v. Franckenstein ruft den Redner zur Ordnung.) Würde in Deutschland eine ähnliche Sozialdemokratie existiren wie in Deutschland, so wäre diese Revolte nicht entstanden. (Widerspruch rechts.) Im Uebrigen aber — was haben die belgischen Vorgänge mit uns zu thun? Ich weiß wohl, daß hochstehende Leute sich freuen würden, wenn es bei uns zu Ereignissen à la Charleroi kommen würde — aber diesen Gefallen werden wir ihnen nicht thun. Habe ich übrigens jemals den Fürstenmord verherrlicht, wie Herr v. Puttkamer behauptet hat? Ich habe nach der Ermordung des Zaren nur behauptet, daß das russische Regierungssystem zum Fürstenmord führen muß. Würde in Deutschland dasselbe System herrschen, so würde auch hier dieselbe Konsequenz sich ergeben und ich würde der Erste sein, der die Hand dazu erhebt. (Unruhe rechts.) Deutschland muß sich hüten vor Zuständen wie in Belgien und Rußland. Den Frieden stärken Sie aber nicht durch die stete Verlängerung des Sozialistengesetzes. Wollen Sie das Gesetz so lange bestehen lassen, als die Sozialdemokratie die Republik will? Dann dürfen Sie das Gesetz niemals aufheben. Die Sozialdemokratie ist ein Produkt unserer Zeit, ein notwendiges Produkt; unsere Produktionsweise hat ein großes Proletariat geschaffen. Die Konservativen stehen der Sozialdemokratie insofern näher, als auch sie unter der modernen Produktion leiden. — Die Regierung geht mit der Sozialreform vor, aber so langsam und unsicher, daß sie auf das Sozialistengesetz nicht glauben verzichten zu können. Verlängern Sie es auf 2 Jahre, auf 5 Jahre, oder besser noch auf so lange, als das gegenwärtige System in Deutschland herrscht! (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Minister v. Puttkamer: Der Vorredner hat eigentlich keine ganze Kraft dafür eingesetzt, für die Verlängerung des Gesetzes zu sprechen.

Ich will nur auf einzelne Aeußerungen des Abg. Bebel eingehen. Ich erinnere mich noch deutlich der Szene, da Abg. Bebel erklärte, er stimme durchaus den Lobsprüchen des „Sozialdemokrat“ über die Ermordung Kaiser Alexanders zu. Außerdem hat Herr Bebel ja heute erst wieder erklärt, zur gewaltthätigen Bekämpfung der Monarchie bereit zu sein — und dann verlangt derselbe Redner, unter das gemeine Recht gestellt zu werden? Nein, mit solchen Absichten untersteht man der Strenge des Sozialistengesetzes! (Beifall rechts.) Die Auflösung jener Versammlung am 19. März nehme ich als mein Verdienst in Anspruch. Herr Bebel hat seit acht Jahren nicht in Berlin sprechen dürfen. (Abg. Bebel ruft: Sprechen wollen!) Nein, sprechen dürfen. Ich habe mit dem Polizei-Präsidenten darüber konferirt, ob man dem Abg. Bebel in jener Versammlung zu sprechen erlauben solle. Wir haben die Probe gemacht, es hat sich aber gezeigt, daß schon das bloße Erscheinen des Herrn Bebel auf der Tribüne so fanatisirend wirkt, daß die Versammlung aufgelöst werden mußte, wenn die Auflösung vielleicht auch nicht an der rechten Stelle erfolgt ist. Ich kann Herrn Bebel versichern, daß er, so lange ich darüber zu bestimmen habe, niemals in Berlin, außer im Reichstage, öffentlich sprechen wird. (Beifall rechts.) Angesichts jener furchtbaren Ereignisse in Belgien behaupten zu wollen, daß die Bourgeoisie sie veranlaßt hat, zeigt doch wirklich von politischer Unzurechnungsfähigkeit. Ich glaube, die Rede des Abg. Bebel wird die Zahl der Gegner des Gesetzes nicht vermehrt haben. (Beifall rechts.)

Abg. Stöcker (kons.): Abg. Bebel hat sich heute als theoretischer Anarchist gezeigt, der die Pariser Kommune verherrlicht, den russischen Fürstenmord gepriesen hat. Für diesen theoretischen Anarchismus fehlt es nur an der rechten Stunde zur Paris. Die Sozialdemokraten nennen sich mit Unrecht die Repräsentanten der Arbeiter, sie repräsentiren gar nichts. (Heiterkeit rechts.) Sind Sie denn Vertreter der Arbeiter? Lassalle sagt einmal: „Zweierlei haße ich, Journalisten und Juden. Leider bin ich Beides.“ (Große Heiterkeit.) Sie haben in Ihren Reihen auch Beides; ob Sie sagen leider, weiß ich nicht. Zu Ihnen gehört ein Arbeitgeber, der die Mäntelnäherinnen, um in Ihrem Jargon zu sprechen, ausbeutet und doch als sozialdemokratischer Paladın gilt. (Beifall rechts.) Mit solchen Anschauungen ist man keine historische Erscheinung, sondern eine komische Figur. (Gelächter links. Abg. Bebel ruft: „Sie sind ein Narr!“ Der Präsident ruft den Abg. Bebel zur Ordnung.) Sie sind jetzt 25 Mitglieder, aber die heutige Rede des Abg. Bebel wird Ihnen die Hälfte Ihrer Sitze rauben. (Auf bei den Sozialdemokraten: „Wir werden uns verdoppeln!“) Ich stehe in der anti-jüdischen Bewegung, weil ich, gleich den Sozialdemokraten, gegen den Kapitalismus bin. In dem Jubenthum befinden sich auf der einen Seite Millionäre und Milliardäre und auf der anderen Leute, die den Sozialismus schüren — das ist ein Mißverhältnis des öffentlichen Lebens, das jeder ernsthaftige Politiker bedauern muß wie ich. (Gelächter links.) Die Sozialdemokratie thut so, als ob sie eine berechtigte Partei ist — wo solche Tendenzen laut werden, wo die Gewalt betont wird, muß auch dagegen mit Gewalt gekämpft werden. — Ich wende mich nun zum Abg. Dr. Windthorst. Er sollte doch wissen, nicht starke Regierungen, sondern schwache Regierungen sind die Mütter der Revolutionen. Davor behüte uns Gott! (Auf des Sozialdemokraten Bollmar: „In Ewigkeit, Amen!“ Heiterkeit links.)

Präsident: Ich rufe den Abg. v. Bollmar für jenen Ausruf zur Ordnung. (Beifall rechts.)

Abg. Stöcker fortfahrend, wendet sich gegen die Ausführungen des Abg. Windthorst über Belgien. Die katholische Kirche hat in Belgien Fiasco gemacht (Widerspruch im Centrum), die katholische Kirche darf auch nicht vergessen, daß sie nur etwas erreichen kann im Bunde mit der anderen Macht, mit dem Staate. (Beifall rechts.) Man darf nicht den Belagerungszustand auf dem linken allein beschränken, denn wenn Sie Frankfurt, Hamburg u. s. w. der Sozialdemokratie auslösern, ist auch bald Berlin in den Händen der Sozialdemokratie. (Lebhafte Beifall rechts.)

